

**Zeitschrift:** Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer  
**Herausgeber:** Auslandschweizer-Organisation  
**Band:** 40 (2013)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Grossangriff auf die Lohntüten der Chefs  
**Autor:** Müller, Jürg  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-911104>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 25.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Grossangriff auf die Lohntüten der Chefs

Sie gilt als eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Abstimmungen der jüngeren Geschichte:

Am 24. November 2013 kommt die 1:12-Initiative der Jungsozialisten vors Volk. Der höchste Lohn darf danach nicht höher sein als das Zwölfwache des tiefsten Lohnes im gleichen Unternehmen. Ist das ein Angriff auf das Erfolgsmodell Schweiz oder dringend notwendige Umverteilung von oben nach unten?

Von Jürg Müller

Der Knalleffekt war beträchtlich, als am Nachmittag des 3. März 2013 das Resultat der Volksabstimmung feststand: Mit knapp 68 Prozent nahmen die Stimmenden die Abzockerinitiative an und taten damit kund, dass sie genug hatten von Gehältern und Boni in mehrfacher Millionenhöhe. Besonders bei Wirtschaftsvertretern sass der Schock tief, etwa beim freisinnigen Zürcher Nationalrat Ruedi Noser. Er malte das Gespenst der Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz an die Wand und rief kurzentschlossen den Verein «SuccèsSuisse» ins Leben. Damit will er die liberale Wirtschaftsordnung verteidigen.

Nosers Alarmismus hat Gründe. Linke Parteien haben einen ganzen Strauss einschneidender lohn- und steuerpolitischer Initiativen im Köcher: Am 24. November 2013 kommt die 1:12-Initiative der Jungsozialisten (Juso) zur Abstimmung. Hängig sind weitere Volksbegehren zu den Themen Mindestlohn, Erbschaftssteuer und Pauschalbesteuerung reicher Ausländer. Zufall ist das alles nicht. Dahinter steckt ein «strategisches Gegenprojekt zum neoliberalen Diskurs», wie sich die Juso ausdrückt. Nationalrat Noser nennt es anders: Er wirft den Linken «Klassenkampf pur» vor.

### Heisse Verteilungsdebatte

Einig sind sich die beiden politischen Lager nur in einem Punkt: 2013 erlebt die Schweiz eine heisse Verteilungsdebatte. Entsprechend wird argumentativ aufgerüstet, untermauert mit Statistiken, die je nach Vergleichsgrössen und politischem Hintergrund diametral anders aussehen. Die Linken diagnostizieren eine sich immer weiter öffnende Schere bei den Einkommen und Vermögen, für Wirtschaftsverbände und bürgerliche Parteien ist genau das Gegenteil richtig. «Im internationalen Kontext zählt die Schweiz zu den Ländern mit den kleins-



Die Jungsozialisten scheuen nicht davor zurück, Leute wie Brady Dougan, Daniel Vasella und Marcel Ospel, die sie als Abzocker betrachten, an den Pranger zu stellen. Vasella hat die Juso deswegen eingeklagt.

ten Wohlstandsunterschieden», fasst die liberale Denkfabrik «Avenir Suisse» ihre Untersuchungen zusammen.

Anders sieht das der linke Think-Tank «Denknetz». Die Spitzenverdiener hätten in den letzten Jahren immer mehr abkassiert – auf Kosten der unteren und mittleren Einkommensklassen. Vor 30 Jahren habe die Entschädigung eines Konzernchefs etwa das Sechsfache eines schweizerischen Durchschnittslohns betragen, bis Ende der Neunzigerjahre sei das Verhältnis auf 1:13 angewachsen, und 2007 bezogen die bestbezahlten Manager das 56-Fache eines Durchschnittsgehalts. Auch international sei das Spitze. Doch nicht nur die Toplöhne, auch eine breitere Schicht von Hochlohnbezügern habe von dieser Umverteilung profitiert. «So konnte das bestverdienende

Prozent der Arbeitnehmenden seinen Lohn seit 1994 preisbereinigt um über einen Drittel steigern, während der mittlere Lohn nur um rund sieben Prozent zunahm», schreibt «Denknetz».

### «Selbstbedienungsladen»

Für SP-Nationalrat Cédric Wermuth ist deshalb klar, dass sich «unsere Wirtschaft in einen regelrechten Selbstbedienungsladen verwandelt hat». Der frühere Juso-Chef und geistige Vater der 1:12-Initiative rechnet vor, dass sich die Zahl der Lohnmillionäre seit 1997 mehr als vervierfacht habe. Heute besitze ein Prozent der Schweizer Bevölkerung bereits mehr Reinvermögen als die restlichen 99 Prozent zusammen.

Ganz anders ist die Wahrnehmung von «Avenir Suisse». In der Schweiz sei der Wohlstand breit verteilt. Bei den Einkommen liege das Land international im besten Drittel bei gleichzeitig sehr hohem Wohlstand. Und die Einkommensschere gehe nicht auf, im Gegenteil: «Jüngst sind die Einkommensspannen sogar kleiner geworden. Der Anteil der Spitzenlöhne liegt auf dem Stand der 1960er-Jahre und die Armutsquote hat leicht abgenommen», schreibt die liberale Denkfabrik in einer Broschüre mit dem Titel «Verteilung». Berücksichtige man sowohl das Einkommensniveau als auch die breite Verteilung auf die Haushalte, belege die Schweiz einen Spitzenplatz. «In keinem OECD-Land (und wahrscheinlich in keinem anderen Land der Welt) sind die Vollzeitlehne so gleichmässig verteilt wie in der Schweiz.» Patrik Schellenbauer, Autor der «Avenir Suisse»-Studie, sagt gar, in den letzten drei Jahren sei die Ungleichheit in der Schweiz eher zurückgegangen: «Sorgen macht mir etwas anderes: Mit den geforderten Eingriffen in den Arbeitsmarkt (Mindestlöhne, 1:12) sägen wir am Ast, auf dem wir sitzen.»



Man muss nicht so weit gehen wie FDP-Nationalrat Ruedi Noser, der die Schweiz im Falle der Annahme der Initiative «vom liberalsten Wirtschaftsstaat in Europa» auf dem Weg «zum Nordkorea Europas» sieht. Doch Wirtschaftsvertreter warnen auf breiter Front vor dem Volksbegehren. Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt etwa rechnet bei einem Ja mit jährlichen Steuer- und Sozialversicherungsausfällen in Milliardenhöhe. Die Schweiz habe im Vergleich zu ihrer Grösse sehr viele internationale Firmen: «Wenn wir weiter in dieser Liga spielen wollen, müssen wir mit Salären von fünf bis acht Million Franken rechnen», sagte Vogt in einem Interview mit der «SonntagsZeitung». Auch Philipp Müller, Präsident der FDP-Liberalen warnt, die Initiative stelle «einen mit unseren Prinzipien unvereinbaren Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit dar» und hätte «standortfeindliche Auswirkungen».

Die linken Denknetz-Autoren Beat Ringger und Hans Baumann dagegen sehen darin keine Gefahr, der Standort Schweiz bleibe attraktiv. Steuerliche Vorteile, qualifiziertes Personal, erstklassige Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, politische Stabilität, Rechtssicherheit, gut funktionierende staatliche und private Dienstleistungen, ausgezeichnete Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen sowie die Nähe zu den Finanzmärkten seien die wahren Garantien für ein hohes Produktivitätsniveau.

Für den früheren SP-Präsidenten und Nationalrat Hans-Jürg Fehr beruhen Abzockerei und Spitzengehälter zudem nicht mehr auf Leistungsunterschieden, sondern auf der «Macht eines kleinen, exklusiven Netzwerks von Managern der Finanzindustrie und anderer multinationaler Konzerne, die sich gegenseitig ihre Pfründen zuhalten». Deshalb würden die Riesengehälter auch nicht mehr mit Leistungsunterschieden begründet, sondern mit Wettbewerbsverhältnissen auf dem internationalen Arbeitsmarkt.

### Weit verbreitete Millionensaläre

Doch die Millionensaläre sind nicht nur bei den ganz grossen Unternehmungen verbreitet, auch wenn im öffentlichen Bewusstsein nur wenige Namen als Abzocker gelten, etwa der frühere Novartis-Chef Daniel Vasella oder Brady Dougan, Chef der Credit Suisse. Auch «kleinere» Unternehmungen zahlen ihren Chefs und Managern Gehälter von über einer Million Franken (siehe Grafik rechts). Warum aber ausgerechnet 1:12? Und nicht 1:6

oder 1:24? Natürlich sind Begriffe wie soziale Gerechtigkeit, Verteilungs- und Lohngerechtigkeit kaum zu definieren. Und Gerhard Schwarz, Direktor von «Avenir Suisse», hat gewiss recht, wenn er schreibt: «Die Krux ist, dass es keine objektiven Massstäbe für ein Zuviel oder Zuwenig an Einkommen oder Vermögen gibt.» Doch es gibt, gerade in der direkten Demokratie, Fingerzeige, in welchem Masse gefühlte oder tatsächliche Ungleichheiten von einer Mehrheit der Bevölkerung noch mitgetragen werden. Im März dieses Jahres wurde mit Annahme der Abzockerinitiative klar, dass Verteilungsfragen nicht länger nur ein Thema der politischen Linken sind, sondern dass sie die Menschen auch in der Mitte der Gesellschaft berühren.

### Weiterhin wirtschaftsfreundlich

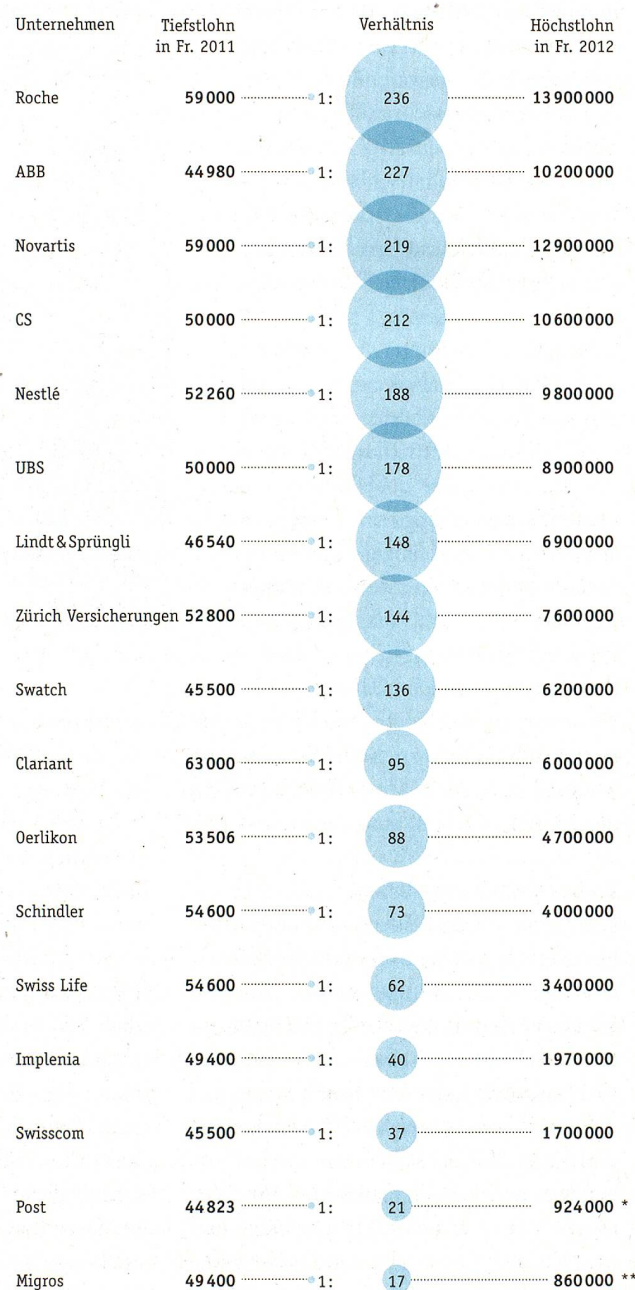
Von einem Paradigmenwechsel mag Adrian Vatter, Professor und Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bern, nicht sprechen. Die Annahme der Abzockerinitiative «kann nicht als Ausdruck einer generell wirtschaftskritischen Sichtweise der Bevölkerung interpretiert werden», sagt er. Die traditionell eher wirtschaftsfreundlich-liberale Haltung der Schweizerinnen und Schweizer gehöre nicht der Vergangenheit an. Bei der Abzockerinitiative sei es ja nicht um eine staatliche Lösung gegangen, sondern im Kern um die Stärkung der Aktionärsrechte. Zudem sei das Volksbegehren nicht von der Linken gekommen, sondern von einem Einzelkämpfer aus dem eher rechtsbürgerlichen Lager, dem heutigen Schaffhauser Ständerat

Thomas Minder. Das klassische Links-rechts-Schema sei deshalb nicht zum Tragen gekommen. Vatter ist sich «relativ sicher», dass bei der 1:12-Initiative die alten Links-rechts-Mechanismen spielen werden, die Linke also für und die bürgerliche Mehrheit dagegen Stellung beziehen werden. So gesehen hätte das Anliegen der Jungsozialisten deutlich geringere Chancen als die Abzockervorlage.

JÜRIG MÜLLER ist Redaktor der «Schweizer Revue»

INFORMATIONEN zu den weiteren Abstimmungen vom 24. November 2013 siehe folgende Seite unten.

### Firmen sind weit von «1:12» entfernt



TA-Grafik mt / Quellen: Unternehmen, Travailluisse (Tiefstlohn 2011)

\* 2011  
\*\* Angabe «Bilanz»